



Mag. Walter Gusel  
STEUERBERATUNG

Auf Erfolgskurs steuern

Mag. Walter Gusel  
SteuerberatungsgmbH

Feldkirchner Straße 13  
8054 Graz-Seiersberg

TEL: 0316/282520  
FAX: 0316/282520 DW 22

MAIL: [kanzlei@gusel.biz](mailto:kanzlei@gusel.biz)  
WEB: [www.gusel.biz](http://www.gusel.biz)

FN 279567d LG für ZRS Graz

KLIENTEN-INFO – WIRTSCHAFTS- & STEUERRECHT FÜR DIE PRAXIS

JULI 2016

# KLIENTEN-INFO

## EIN SERVICE FÜR KLIENTEN UND INTERESSENTEN



### DOCH NOCH ERLEICHTERUNGEN BEI DER REGISTRIERKASSENPFlicht

Der VfGH konnte in der durchaus umstrittenen Registrierkassenpflicht **keine Verfassungswidrigkeit** erkennen (siehe auch KI 04/16). Nun ist es erfreulicherweise durch den **Ministerrat** doch noch zu **Erleichterungen** gekommen, welche besonders **gemeinnützige Vereine, Vereinsfeste** und die sogenannte „Kalte-Hände-Regelung“ betreffen.

Bekanntermaßen tritt die **Registrierkassenpflicht** grundsätzlich ein, wenn die jährlichen Umsätze **mehr als 15.000 €** betragen und (davon) jährliche **Barumsätze** von **mehr als 7.500 €** erzielt wurden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch Bankomat- und Kreditkartenzahlungen als Barumsätze gelten.

#### ERLEICHTERUNGEN FÜR VEREINE

**Feste** von **gemeinnützigen Vereinen** bzw. Körperschaften öffentlichen Rechts sollen bei einem Ausmaß von **bis zu 72 Stunden** im Jahr **nicht der Registrierkassenpflicht** unterliegen – **bisher** war nur eine Befreiung für Feste von **bis zu 48 Stunden** im Jahr vorgesehen. Diese Regelung soll auch für **politische Parteien** gelten, sofern es sich um ein ortsübliches Fest handelt (maximaler Jahresumsatz von 15.000 € und Verwendung der Überschüsse für gemeinnützige und parteipolitische Zwecke).

Eine **Erleichterung** ist auch für den **Kantinenbetrieb** von **gemeinnützigen Vereinen** (z.B. von Fußballvereinen) vorgesehen. Sofern die Kantine an **maximal 52 Tagen pro Jahr** geöffnet hat und einen **Umsatz**

#### INHALT JULI 2016

- » Doch noch Erleichterungen bei der Registrierkassenpflicht
- » Ferialjobs – kein Geldverdienen ohne steuerliche Hindernisse
- » Kleinunternehmer aufgepasst – Abrechnung im Gutschriftsverfahren birgt unliebsame Überraschungen
- » Auftraggeberhaftung bei Scheinunternehmen – Liste auf BMF-Homepage veröffentlicht
- » Kurz-Info: Mietrechtliche Richtwerte bleiben weiterhin unverändert

## DOCH NOCH ERLEICHTERUNGEN BEI DER REGISTRIERKASSENPFLICHT

(Fortsetzung von Seite 1)

von maximal 30.000 € erzielt, entfällt die Registrierkassenpflicht.

### ERLEICHTERUNGEN FÜR UNTERNEHMEN UND LANDWIRTSCHAFTLICHE BETRIEBE

Nunmehr soll es für Alm-, Berg-, Ski- und Schutzhütten eine Ausnahme von der Registrierkassenpflicht geben, sofern die Umsätze 30.000 € nicht überschreiten. Die 30.000 € Grenze ist auch bei der „Kalte-Hände Regelung“ maßgebend, wobei nur mehr jener Jahresumsatz relevant sein soll, der auf die außerhalb der festen Räumlichkeiten ausgeübten Tätigkeiten entfällt (bisher wurde auf

den Gesamtjahresumsatz abgestellt). Werden die 30.000 € unterschritten, so sind diese Umsätze von der Registrierkassenpflicht ausgenommen und es kann die einfache Losungsermittlung zur Anwendung kommen. Eine Erleichterung im Sinne eines Zeitgewinns ist auch bei der verpflichtenden technischen Sicherseinrichtung von Registrierkassen geplant. Hier wurde die Frist für die Umstellung von 1.1.2017 auf 1.4.2017 verschoben. Gar keine Registrierkassenpflicht soll es für Kreditinstitute geben, weil diese ohnehin einer strengen staatlichen Aufsicht unterliegen, die eine korrekte Erfassung der

Abgabenbemessungsgrundlagen bereits sicherstellt. Trotz dieser Erleichterungen ist zu erwarten, dass es bei den von der Registrierkassenpflicht betroffenen Unternehmen bald zu Überprüfungen hinsichtlich der korrekten Umsetzung der Registrierkassenpflicht kommen wird. Laut Informationen der Finanzverwaltung ist nämlich geplant, mit den Prüfungen der Registrierkassenpflicht ab Juli 2016 zu beginnen. Zunächst im Rahmen normaler Betriebsprüfungen und voraussichtlich ab Herbst auch mit Unterstützung der Finanzpolizei.

## FERIALJOBS – KEIN GELDVERDIENEN OHNE STEUERLICHE HINDERNISSE

Es gibt viele Gründe für einen Ferialjob, der besonders oft während der Sommermonate absolviert wird. Neben dem Sammeln von Praxiserfahrungen oder dem Hineinschnuppern in ein aufregendes Berufsfeld sind es oftmals monetäre Aspekte, die für die Entscheidung, im Sommer arbeiten zu gehen, ausschlaggebend sind. Damit (im Nachhinein) keine unangenehmen Konsequenzen eintreten, müssen auch die steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Aspekte sowie jene im Zusammenhang mit der Familienbeihilfe berücksichtigt werden. Die nachfolgenden Ausführungen gelten selbstverständlich nicht nur für „Ferialjobs“ sondern auch für laufende Jobs neben dem Studium

### STEUERLICHE KONSEQUENZEN

Die ertragsteuerliche Behandlung bei Ferialjobs hängt grundsätzlich davon ab, ob man bei dem Arbeitgeber angestellt ist oder in Form eines Werkvertrags bzw. freien Dienstvertrags tätig wird. Dauert das Angestelltenverhältnis z.B. nur einen Monat (aber jedenfalls kürzer als ein volles Jahr) und werden aufgrund einer entsprechend hohen Entlohnung Sozialversicherung und Lohnsteuer einbehalten, so ist es ratsam, in dem darauf folgenden Kalenderjahr eine Arbeitnehmerveranlagung durchzuführen. Der Antrag auf Arbeitnehmerveranlagung kann sogar bis zu 5 Jahre zurück gestellt werden und führt regelmäßig zu einer Steuergutschrift,

da die Bezüge auf das ganze Jahr verteilt werden und eine Neudurchrechnung der Lohnsteuer vorgenommen wird. Durch die Steuerreform 2015/16 ist es auch zu einer Erhöhung der Sozialversicherungsrückerstattung (früher als Negativsteuer bekannt) gekommen. Dies wirkt sich positiv aus, da es mangels Steuerpflicht aufgrund zu geringen Einkommens zu einer Gutschrift i.H.v. 50% bestimmter Werbungskosten (insbesondere von Sozialversicherungsbeiträgen) kommen kann. Die Sozialversicherungsrückerstattung für die Veranlagung 2016 beträgt max. 400 € bzw. sogar 500 € bei Anspruch auf ein Pendlerpauschale (den Pendlerzuschlag gibt es nicht mehr).

Erfolgt die Beschäftigung im Werkvertrag bzw. auf Basis eines freien Dienstvertrags, so liegen Einkünfte aus selbständiger Arbeit vor und es wird keine Lohnsteuer einbehalten. Ab einem Jahreseinkommen von 11.000 € bzw. von 12.000 € wenn auch lohnsteuerpflichtige Einkünfte darin enthalten sind, muss eine Einkommensteuererklärung abgegeben werden. Umsatzsteuerpflicht ist i.Z.m. Ferialjobs auf Werkvertragsbasis bzw. als freier Dienstnehmer theoretisch denkbar, aber jedenfalls erst dann, wenn die Nettoeinnahmen 30.000 € übersteigen, da bis dahin die unechte Umsatzsteuerbefreiung als Kleinunternehmer gilt. Bis zu 30.000 € Nettoumsätzen muss auch keine Umsatzsteuererklärung abgegeben werden.

### FAMILIENBEIHLIFE

Der Verdienst aus einem Ferialjob kann, insbesondere wenn er mit anderen Einkünften zusammenfällt, dazu führen, dass die Zuverdienstgrenze für die Familienbeihilfe überschritten wird. Ist dies der Fall, so muss der die Grenze überschreitende Betrag zurückgezahlt werden. An die Familienbeihilfe ist auch das Schicksal des Kinderabsetzbetrags geknüpft. Die (zumeist für die Eltern) unliebsame Rückzahlungsverpflichtung tritt ein, wenn auf das Kalenderjahr bezogen ein steuerliches Einkommen von mehr als 10.000 € erzielt wird, wobei gewisse Besonderheiten bei der Ermittlung dieser Grenze zu berücksichtigen sind. Wichtigste Ausnahme ist das Alter, da die Zuverdienstgrenze für Jugendliche vor Vollendung des 19. Lebensjahres keine Bedeutung hat.

Ab Beginn des Kalenderjahres, das auf den 19. Geburtstag folgt, muss allerdings unterschieden werden, ob die Einnahmen (z.B. aus dem Ferialjob) in den Zeitraum fallen, in dem Familienbeihilfe bezogen wurde oder nicht. Erfolgt etwa kurzfristig kein Bezug von Familienbeihilfe, so sind Einnahmen während dieses Zeitraums nicht maßgeblich für die Berechnung der Zuverdienstgrenze. Keine Familienbeihilfe wird z.B. bezogen, wenn die vorgesehene Studienzeit in einem Studienabschnitt überschritten wurde. Ebenso wenig zu relevanten Einnahmen zählen z.B. Sozialhilfe

Fortsetzung auf Seite 3

## FERIALJOBS – KEIN GELDVERDIENEN OHNE STEUERLICHE HINDERNISSE

(Fortsetzung von Seite 2)

als einkommensteuerfreier Bezug, **Entschädigungen** für ein anerkanntes **Lehrverhältnis** oder **Waisenspensionen**. Das für die Zuverdienstgrenze relevante Einkommen ergibt sich schließlich, nachdem die mit den Einnahmen zusammenhängenden **Ausgaben abgezogen** wurden. Wichtig ist zu beachten, dass für die Familienbeihilfe **nicht nur aktive Einkünfte** (bei dem Ferialjob sind das im Regelfall Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit) sondern **alle der Einkommensteuer** unterliegenden **Einkünfte** maßgebend sind – **endbesteuerte Einkünfte** (z.B. Zinsen oder Dividenden) bleiben steuersystematisch korrekt jedoch **außer Ansatz**. Neben dem **Beobachten** der Einkünfte des laufenden Jahres, um das Überschreiten der Zuverdienstgrenze (z.B. durch einen Ferialjob) antizipieren zu können, ist wichtig, dass **bei Überschreiten** der Zuverdienstgrenze die **Familienbeihilfe** im darauffolgenden Jahr **neu beantragt** werden muss.

Voraussetzung ist freilich, dass das steuerliche Einkommen im neuen Jahr 10.000 € unterschreitet. Die **Voraussetzungen** für den Bezug von Familienbeihilfe bzw. für das Überschreiten der Zuverdienstgrenze **ändern** sich auch dann **nicht**, wenn die **Auszahlung der Familienbeihilfe direkt an das Kind** erfolgt. Dies kann bei **Volljährigkeit** mit Zustimmung des anspruchsberechtigten Elternteils beim Finanzamt beantragt werden und führt dann auch zur Überweisung des Kinderabsetzbetrags auf das angegebene Konto. **Rückforderungsansprüche** betreffend die Familienbeihilfe richten sich trotzdem **weiterhin** an die **Eltern**.

### KONSEQUENZEN IN DER SOZIALVERSICHERUNG

Die meisten Ferialpraktikanten – wenn sie **angestellt** sind und somit nicht auf Basis eines Werkvertrags bzw. freien Dienstvertrags arbeiten – werden

**sozialversicherungsrechtlich** wie **normale Arbeitnehmer** behandelt. Beträgt das **Bruttogehalt** mehr als **415,72 € monatlich**, so treten Pflichtversicherung und Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen ein.

Schließlich sollte aus **Arbeitgebersicht**, insbesondere seit Inkrafttretens des **Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes**, darauf geachtet werden, dass die Ferialpraktikanten entsprechend entlohnt werden, da es ansonsten zu empfindlichen **Verwaltungsstrafen** kommen kann.

Es ist sicherzustellen, dass weder der **kollektivvertraglich** zu leistende **Grundlohn** unterschritten wird noch dass es bei der Bezahlung von Praktikanten zur **Nichtgewährung** von arbeitsrechtlichem Entgelt kommt, welches laut Gesetz, Verordnung oder **Kollektivvertrag** gebührt (z.B. Überstunden oder Zuschläge laut Gesetz oder Kollektivvertrag).

## KLEINUNTERNEHMER AUFGEPASST – ABRECHNUNG IM GUTSCHRIFTSVERFAHREN BIRGT UNLIEBSAME ÜBERRASCHUNGEN

Grundsätzlich erstellt der **leistende Unternehmer** eine Rechnung für seine geleistete Arbeit. Es ist jedoch auch denkbar, dass anstatt des Leistenden der **Kunde** eine **Gutschrift über die erhaltene Arbeit ausstellt**. Dies kann beispielsweise dann praktikabel sein, wenn das **genaue Entgelt** für eine Leistung von vornherein **nicht festgelegt** ist. Dieses Prinzip lässt sich anhand eines **Beispiels** verdeutlichen: Eine **Autorin** verfasst ein Manuskript und überlässt einem **Verlag** das Recht, den Text zu nutzen, **Bücher** zu drucken und zu **verkaufen**. Pro verkauftem Exemplar erhält die Autorin einen fixen Betrag. Nun könnte der Verlag der Autorin mitteilen, wie viele Bücher in einer Abrechnungsperiode verkauft wurden und die **Autorin** legt ihre **Honorarnote an den Verlag**. Alternativ kann der **Verlag** eine **Gutschrift an die Autorin** über das vereinbarte Entgelt **erstellen** und diese an die Autorin **auszahlen**.

Diese sogenannte **Abrechnung im Gutschriftsverfahren** hat den **Vorteil**, dass der **leistende Unternehmer** (im obigen

Beispiel die Autorin) **nicht** selbst eine **Rechnung ausstellen** muss. Aus **umsatzsteuerlicher Sicht** besteht hier allerdings eine **Gefahrenquelle**, insbesondere für **Kleinunternehmer**. Während der **Kleinunternehmer** (die Autorin) in seiner Rechnung an Kunden **keine Umsatzsteuer** ausweisen darf und somit **keine Umsatzsteuer schuldet**, könnte es passieren, dass diese Tatsache dem **Kunden** (hier dem Verlag) **nicht bekannt** ist. Im Rahmen der **Abrechnung im Gutschriftsverfahren** passiert umsatzsteuerlich dann der **Fehler**, dass der Kunde eine **Gutschrift** für die erhaltene Arbeit erstellt und darauf **Umsatzsteuer ausweist**, die er sich als **Vorsteuer** abzieht, sofern die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind.

Widerspricht der leistende Unternehmer (Kleinunternehmer) nicht unverzüglich nach Erhalt der **unrichtigen Gutschrift** und verlangt eine neu ausgestellte Gutschrift **ohne** Ausweis von **Umsatzsteuer**, so **schuldet** er diese **Umsatzsteuer** aufgrund der Ausstellung der Gutschrift durch seinen

Kunden (**Umsatzsteuerschuld kraft Rechnungslegung**). Diese Umsatzsteuer ist an das Finanzamt zu bezahlen, auch wenn der leistende Unternehmer eigentlich Kleinunternehmer ist. Erst durch eine **Rechnungskorrektur** durch den Aussteller der Gutschrift **fällt** die **Umsatzsteuerschuld** kraft Rechnungslegung **weg**.

**Kleinunternehmer** sollten also, sofern im Gutschriftsverfahren abgerechnet wird, ihren Kunden darauf **hinweisen**, dass sie umsatzsteuerlicher Kleinunternehmer sind und dass auf der **Gutschrift** (Rechnung) **keine Umsatzsteuer ausgewiesen** werden darf. Wird dennoch Umsatzsteuer ausgewiesen, ist es besonders wichtig, dass der Gutschrift **unverzüglich**, am besten schriftlich, **widersprochen** wird und der Kunde aufgefordert wird, eine **korrigierte Gutschrift auszustellen**. Eine Korrektur durch den Kleinunternehmer selbst (z.B. durch Wegstreichen der Umsatzsteuer) wird umsatzsteuerlich nicht akzeptiert, da jene Partei die Gutschrift zu korrigieren hat, die diese ausgestellt hat.

**KURZ-INFO**

**KURZ-INFO:**

**MIETRECHTLICHE RICHTWERTE BLEIBEN WEITERHIN UNVERÄNDERT**



Das mit 1. April 2016 in Kraft getretene Gesetz mit dem Namen „**2. Mietrechtliches Inflationslinderungsgesetz**“ führt dazu, dass die mietrechtlichen Richtwerte weiter **bestehen bleiben** und keine mit 1.4.2016 vorgesehene Indexanpassung erfolgt ist.

Die nachfolgend dargestellten **mietrechtlichen Richtwerte** gelten bereits seit 1.4.2014 und **bis zum 31.3.2017**.

BUNDESLAND	€ JE M <sup>2</sup> WOHNNUTZ-FLÄCHE
Burgenland	4,92
Kärnten	6,31
Niederösterreich	5,53
Oberösterreich	5,84
Salzburg	7,45
Steiermark	7,44
Tirol	6,58
Vorarlberg	8,28
Wien	5,39

Die mietrechtlichen Richtwerte gelten für zahlreiche Mietwohnungen in Österreich bei **Neuvermietungen**. Durch die Nichtanhebung der Richtwerte sollen die Inflationsfolgen bei den Wohnkosten abgeschwächt werden.

**AUFTRAGGEBERHAFTUNG BEI SCHEINUNTERNEHMEN – LISTE AUF BMF-HOMEPAGE VERÖFFENTLICHT**

Das mit 2016 in Kraft getretene **Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz** (SBBG) hat die Verhinderung und Verfolgung von **Sozialbetrug**, welcher insbesondere durch **Scheinunternehmen** hervorgerufen wird, zum Ziel. Unter Sozialbetrug versteht man **strafrechtlich verbotene Handlungen** wie etwa die Nichtweiterleitung von Sozialversicherungsbeiträgen, die vom Dienstnehmer einbehalten wurden, das **betrügerische Anmelden** zur Sozialversicherung oder Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse oder die **organisierte Schwarzarbeit**. Die Bekämpfung von Sozialbetrug erfordert eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Behörden und Einrichtungen, weshalb auch eine **Sozialbetrugsdatenbank** für die Zurverfügungstellung von Informationen und Daten geschaffen wurde.

Entsprechend des SBBG sind **Scheinunternehmen** vorrangig darauf ausgerichtet, **Lohnabgaben, Beiträge zur Sozialversicherung**, Zuschläge nach dem BUAG oder Entgeltansprüche von Arbeitnehmern zu **verkürzen** oder Personen zur Sozialversicherung anzumelden, um Versicherungs-, Sozial- oder sonstige Transferleistungen zu beziehen, obwohl diese **keine unselbstständige Erwerbstätigkeit** aufnehmen (dadurch kommt es zu einem ungerechtfertigten umfassenden Versicherungsschutz für diese Personen). Wurde ein solches **Scheinunternehmen rechtskräftig festgestellt**, so ist es auch **im Internet** – auf einer Liste auf der **Homepage des Bundesministeriums für Finanzen** – zu **veröffentlichen**. Ab diesem **Zeitpunkt** wird es auch für Unternehmen kritisch, welche in **Geschäftsbeziehungen mit diesen Scheinunternehmen** treten und als deren **Auftraggeber** agieren. **Wusste der Auftraggeber** nämlich im Zeitpunkt der Auftragserteilung – oder **hätte er wissen müssen** – dass es sich beim **Auftragnehmer** um ein **Scheinunternehmen** handelt, so **haftet er zusätzlich** zum Scheinunternehmen **als Bürge und Zahler** gem. § 1357 ABGB für Ansprüche auf das gesetzliche, durch Verordnung festgelegte oder kollektivvertragliche **Entgelt für Arbeitsleistungen** im Rahmen der Beauftragung der



beim Scheinunternehmen beschäftigten Arbeitnehmer.

Auf der **BMF-Homepage** kann unter <https://service.bmf.gv.at/service/allg/lsu/> gezielt nach **Scheinunternehmen gesucht** werden bzw. die derzeit **aktuelle Liste** aufgerufen werden. Neben dem Namen des rechtskräftig per Bescheid festgestellten Scheinunternehmens sind auch – Verfügbarkeit vorausgesetzt – Informationen wie etwa Anschrift, **Firmenbuchnummer** oder **UID-Nr.** angegeben. Für die Praxis ist es daher **ratsam**, insbesondere **vor Aufnahme von Geschäftsbeziehungen** mit bisher unbekanntem Unternehmen, einen Blick auf die aktuelle Liste der Scheinunternehmen zu werfen, um nicht im **Extremfall** für die **Löhne** der Arbeitnehmer des Scheinunternehmens **haften** zu müssen. Sofern der Dienstgeber (das **Scheinunternehmen**) **nicht ermittelt** werden kann, kann das beauftragende Unternehmen auch zur **Haftung für die Sozialversicherungsbeiträge** herangezogen werden.

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Klienten-Info - Klier, Krenn & Partner KG

Redaktion: 1090 Wien, Julius-Tandler-Platz 6/9. Richtung: unpolitische, unabhängige Monatschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist.

Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr.

© www.klienten-info.at

© Konzept & Design: DI(FH) Sylvia Fürst